

DEUTSCHLAND

Auf dem Weg zum Rechts-Staat?

Die SPD-Führung nimmt sich den kleinen Koalitionspartner zum Vorbild. Kanzler Schmidt will auf dem Hamburger Parteitag der Sozialdemokraten nachmachen, was

FDP-Chef Genscher beim Kieler Konvent der Liberalen vorexerzierte: Politik der harten Hand gegen Kernkraftgegner und linke Kritiker in den eigenen Reihen.

Im Kanzleramt gingen die Lichter aus. Helmut Schmidt hatte zu einem Filmabend eingeladen.

Vor Polizeichefs, vor den Spitzenpolitikern der Republik aus Koalition und Opposition, aus Bund und Ländern ging am Dienstag letzter Woche ein blutiges Spektakel über die Leinwand: verummte Gestalten, junge Leute, die mit Steinen warfen, mit Stöcken auf Polizisten einschlugen, mit Wurfankern Zäune niederrissen; verbiesterte Gesichter und verwundete Polizisten in Großaufnahme.

Die Zuschauer sahen einen von Kriminalbeamten gedrehten Film über kriminelle Ausschreitungen bei der Anti-Atom-Demonstration vom März im niedersächsischen Grohnde.

Der Kanzler wollte an diesem Abend um Sympathie für einen Berufsstand werben. Ausführlich ließ er die geladenen Polizisten über ihr schweres Handwerk Vortrag halten. Sie durften erläutern, wie sehr sie sich überfordert fühlen — durch eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen, durch die Herausforderung von Demonstranten und Terroristen.

Am Ende der Polizeistunde restituierte Schmidt: „Wir haben viel gelernt.“

Doch der Regierungschef wollte nicht nur Verständnis für die Ordnungshüter demonstrieren. Ihm ging es vor allem darum, die in den letzten Monaten im Kampf gegen den Terrorismus errichtete Allparteienfront zu festigen. In der Erkenntnis, daß Dauerstreit mit der Union um die innere Si-

cherheit der Koalition nicht gut bekommen würde, ist er bereit, den Forderungen der Opposition nach mehr Rechten für die Polizei nachzugeben, und sei es auch auf Kosten gewohnter Freiheitsrechte. „Wir sind“, so sieht der Regierungssprecher Klaus Bölling die politische Philosophie seines Chefs, „ein liberales Land, aber kein permissiver Nachwächterstaat.“

Der Kanzler und sein FDP-Kompagnon Hans-Dietrich Genscher mühen sich seit Wochen, den Annäherungsversuch der Koalitionsspitze an die Union bei ihren widerstrebenden Parteien abzusichern. Zugleich hofft Schmidt, der das Etikett des Volkskanzlers schätzt, sich mit dieser Strategie vor den anstehenden Landtagswahlen im nächsten Jahr dem breiten Pu-



Pro-Kernkraft-Demonstration in Dortmund: Hilfstruppen für den Kanzler



FDP-Chef Genscher
Sieg der Gegenreformation

blikum als der starke Mann empfehlen zu können.

Allzu breit war in den letzten Monaten die Kluft zwischen den Regierenden und Teilen ihrer Gefolgschaft geworden. Mit Mißtrauen verfolgten vor allem die Koalitions-Linken, wie die Regierung immer selbstherrlicher Einwände aus den Parteien beiseite wischte, sei es auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, sei es in der Diskussion um den Ausbau der Kernenergie. Bei der Abstimmung über das Kontaktsperre-gesetz wurde aus dem Widerstand offene Rebellion, und die Koalitionsführung sah sich der Gefahr ausgesetzt, ihre Handlungsfähigkeit nur noch mit Hilfe der CDU/CSU im Parlament absichern zu können.

Inzwischen hat Genscher, weiß FDP-Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen, „den Hauptteil seiner Arbeit darauf verwendet, eine Trennung zwischen Ministerflügel und der Partei zu verhindern“. Seine „Gegenreformation“ (Genscher) begann schon vor fünf Monaten, als der FDP-Hauptausschuß in Saarbrücken die Atompolitik des damaligen Wirtschaftsministers Hans Friderichs desavouiert und einen dreijährigen Baustopp für Kernkraftwerke gefordert hatte.

Der Außenminister reiste, war er nicht in fernen Ländern unterwegs, quer durch die Provinz. Und in Einzelgesprächen redete er den Atomgegnern ins Gewissen, sie könnten doch die Regierungsfähigkeit der Freidemokraten nicht aufs Spiel setzen. Als letzten knetete er den Düsseldorfer Wirtschaftsminister und Kohle-Lobbyisten Horst-Ludwig Riemer durch und sicherte ihm Absatzgarantien für seine schwarzen Halden zu (siehe Seite 68).

Der Erfolg: Auf dem Parteitag in Kiel widerriefen die Liberalen in der

letzten Woche ihre Saarbrücker Thesen. „Jetzt hat die Regierung wieder Handlungsfähigkeit gewonnen“, konstatiert FDP-MdB Jürgen Möllemann, „und es besteht wohl kein Zweifel, daß die SPD auf ihrem Parteitag in Hamburg einen ähnlichen Kurs fahren wird.“

Wie Genscher hat auch der Kanzler das Parteivorfeld applaniert. Nachdem der SPD-Parteivorstand noch vor kurzem ein Moratorium für den Bau von Atomreaktoren befürwortet hatte, kündigte Schmidt zunächst zwar forschen an, er werde sich um Parteitagsbeschlüsse nicht kümmern. Gleichwohl mobilisierte er, um den Kongreß auf seine Seite zu bringen, mächtige Hilfstruppen — die Gewerkschaften.

Pünktlich zum Hamburger Konvent, der am Dienstag dieser Woche beginnt, strömten über 40 000 Werktätige aus Elektrizitätsfabriken, Kraftwerksunternehmen und Atommeilern im Dortmund Westfalenstadion zusammen, um für Atomstrom zu demonstrieren.

Aus allen Teilen der Republik waren die Kernkraft-Freunde herangekarrt worden. Gewerkschafter und Unternehmer arbeiteten Hand in Hand; die einen, weil sie Arbeitsplätze, die anderen, weil sie Aufträge wollen. Großzügig unterstützten die Firmenchefs den Herbstausflug ihrer Belegschaften nach Dortmund und gaben arbeitsfrei (siehe Seite 134).

Mit Sprüchen („Ohne Strom aus der Dose geht der Wohlstand in die Hose“) stimmten Einpeitscher schon vor den Stadiontoren ihre Kollegen ein. Auf Transparenten reimte die Arbeitnehmerbasis: „Strom = Leben. Es muß ihn auch in Zukunft geben.“ Und zuhauf gab es schwarz-rot-goldene Aufkleber mit dem Text „Sichere Energieversorgung/Kohle und Atom“.

Für die Gewerkschaftsführer, die sich noch zu Jahresanfang für ein Atom-Moratorium ausgesprochen hatten, waren auf einmal alle Sicherheitsbedenken ausgeräumt. Der Widerstand wurde als „bremsendes Hickhack“ (DGB-Vorstandsmitglied Alois Pfeiffer) heruntergeputzt. Mit der Angst um die Arbeitsplätze ließ sich trefflich Stimmung machen.

Den Forschungsminister und Metallgewerkschafter Hans Matthöfer stimmte der Meinungswechsel hoffnungsfroh. Er rechnet damit, daß nun auch auf dem Parteitag atomfeindliche Widerworte nicht mehr laut werden. „Durch die Diskussion im Vorfeld“, glaubt er, „müßte die Brisanz aus dem Thema raus sein.“

Von ihrem Koalitionspartner können die Sozialdemokraten auch lernen, wie der Konflikt zwischen Regierung und Partei über die innere Sicherheit zu entschärfen ist. Die FDP-Rechtsexperten hatten noch zu Beginn des Kieler Parteitages im Arbeitskreis „Bürger und Staat“ festgeschrieben, die Polizei dürfe nicht mit Maschinengewehren und Handgranaten ausgerüstet und gezielte Todesschüsse dürften nicht gesetzlich erlaubt werden. Im Plenum aber kam es ganz anders.

Lautstark intervenierte der ehemalige Innenminister Genscher, der Polizist brauche klare Richtlinien, wenn er tödliche Schüsse abfeuern dürfe. „Man muß dem Mann Rechtssicherheit geben“, so der FDP-Chef, „er kann das Risiko nicht tragen.“

Noch nachträglich, nach gewonnener Abstimmung, machte der Chefliberale auf einer Vorstandssitzung dem Innenminister Werner Maihofer schwere Vorwürfe, er habe sich nicht genug für die Polizei eingesetzt. So erregt war der Wortwechsel, daß Ohrenzeugen



Freidemokraten Baum, Maihofer: Was kann die Partei verdauen?

schon von einem „folgenreichen Zerwürfnis“ reden.

Einmal in Schwung, vollzogen die Freidemokraten in Kiel noch eine zweite Kehrtwendung — weg von traditionellen liberalen Positionen.

Ohne Hemmungen gingen sie auf ein bislang strikt abgelehntes Verlangen der CDU/CSU ein. Im Eilverfahren, ohne Aussprache, entschied die Mehrheit, künftig sollten Gewalttäter nach Verbüßung ihrer Haft weiter in Sicherungsverwahrung gehalten werden — und zwar, anders als bisher möglich, schon nach einer ersten Verurteilung.

Die Minderheit protestierte, nicht zuletzt aus Sorge um jene Wähler, die von den Liberalen die Verteidigung rechtsstaatlicher Positionen erwarten. Empört urteilte der linke Abgeordnete Friedrich-Wilhelm Hölscher, der Kieler Kurs gehe „an die Substanz“. Hölscher: „Bisher war die Liberalität bei uns gut aufgehoben, auch für Konservative. Aber dies Vertrauen ist erschüttert.“ Und auch Maihofer-Staatssekretär Gerhart Baum fürchtet: „Das wird die Partei am schwierigsten verdauen.“

Die FDP-Spitze sieht diese Gefahr zwar auch, und schon letzte Woche versprach Genscher im Bundesvorstand, sich um die Minderheiten zu kümmern, die in Kiel niedergestimmt wurden. Gleichwohl zeigten die Oberen keine Reue, denn der Rechtsruck kommt ihnen zupass. „Der Parteitag hat die Koalition stabilisiert“, so Parteimanager Verheugen, „die CDU kann jetzt an schwierigen Flanken nicht mehr hineinstoßen. Das ist sehr, sehr wichtig.“

Aus eben diesem Grund hoffen nun die SPD-Regenten, daß auch ihnen der Parteitag den Weg in den Rechts-Staat freigibt. Unverdrossen glauben zwar Linke und andere immer noch daran, die Sozialdemokraten würden sich nicht dazu hergeben, „Emotionen zu befriedigen“ (SPD-MdB Manfred Coppel) und dem „deutschen Hang zur Maßlosigkeit“ (Hessens Ministerpräsident Holger Börner) nachzugeben. Solche Versuche, so warnt Börner, endeten „mit einem Klima der Angst und der Einschüchterung und der Denunziation“.

Aber schon bereiten Fraktionschef Herbert Wehner und Justizminister Hans-Jochen Vogel ein Geschäft mit den Unionschristen vor. Der Handel: Die CDU/CSU soll auf eine ihrer Lieblingsideen verzichten, die Überwachung der Verteidigergespräche. Sie darf dann auf Entgegenkommen rechnen, wenn es darum geht, Terroristen in Sicherungsverwahrung zu nehmen.

Noch ist nicht ausgemacht, ob nur schwere Gewalttäter oder auch Helfershelfer (als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung) dazu zählen sollen. Und noch zögert der Kanzler, weil ihn Erinnerungen an die „Schutzhaft“ der Nazizeit plagen.

„Wir sind kein Kanzler-Wahlverein“

SPIEGEL-Interview mit dem Bremer SPD-Vorsitzenden Henning Scherf

SPIEGEL: Herr Scherf, Sie gehören zu den Kanzler-Kritikern in der SPD. Im Parteirat haben Sie sich oft mit Helmut Schmidt angelegt wegen wirtschafts- und strukturpolitischer Fragen. Jetzt kandidieren Sie als Vertreter der Linken auf dem Hamburger Parteitag für den Vorstand. Wollen Sie den Konflikt in den Führungszirkel Ihrer Partei hineinbringen?

SCHERF: Ich möchte im Bundesvorstand an inhaltlichen Fragen klarmachen, daß die Partei nicht aufgegeben hat, Forderungen an die Regierung zu stellen.



SPD-Linker Scherf
„Nicht nur strammstehen“

SPIEGEL: Dafür nehmen Sie Ärger mit der Regierung in Kauf?

SCHERF: Ich möchte die kritische, auch offensive Position der Partei gegenüber der Regierung mitverantworten. Ich möchte aber nicht derjenige sein, der sich nur auf ständiges Motzen verlegt.

SPIEGEL: Wo liegen die Schwerpunkte Ihrer Kritik an der Regierung?

SCHERF: Ich sehe fünf Gebiete: die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die Energiepolitik, die im Zusammenhang mit der Terrorismus-Bekämpfung geplanten Korrekturen des Rechtsstaats, das Artikulieren einer Alternative zur Neutronenbomben-Aufrüstung und das Problem der Ämterhäufung.

SPIEGEL: Wie stehen Sie und Ihre Freunde denn beispielsweise zum Antrag des Parteivorstands „Bekämpfung

des Terrorismus“? Daraus wird klar, daß die Parteiführung sich vor weiteren Gesetzesverschärfungen nicht scheut.

SCHERF: Genau da will ich meine Alternative festmachen. Denn damit soll nicht nur das Kontaktsperre-gesetz nachträglich eingesegnet werden; hier wird auch eine undifferenzierte Revision zentraler rechtsstaatlicher Positionen angekündigt, die womöglich noch von der Parteimehrheit beschlossen werden soll.

SPIEGEL: Woraus schließen Sie das?

SCHERF: Aus dem Bundesjustizministerium weiß ich, daß eine relevante Zahl von Bonner Politikern plant, zum Beispiel das Artikel 10-Gesetz (Telefonüberwachung und Postkontrolle) so auszuweiten, daß nicht nur verdächtige Personen, sondern auch Telefonzellen, ganze Quartiere überprüft werden können, einfach um den, der anonym auftritt, zu fassen. Dies ist der Schritt zum Abhörstaat, zum unkontrollierten Abhören der privaten Sphäre in einem für mich nicht akzeptablen Maße.

SPIEGEL: Was wollen Sie dagegen tun?

SCHERF: Der Parteitag kann Regierung und Fraktion keinen Blankoscheck für eine beliebige Zahl von weiteren Gesetzesänderungen ausstellen. Ich werde sagen: Hier ist Schluß, hier gibt es eine Grenze. Hier könnt Ihr, die Ihr in Bonn die Regierungsgewalt habt, nicht mehr damit rechnen, daß wir, das Parteivolk, die sozialdemokratische Basis, uns unter partiellem Gedächtnisschwund so weit verleugnen, daß wir die in den letzten 20 Jahren als Kernstärke sozial-liberaler Reformpolitik erkämpften Positionen einfach fallenlassen.

SPIEGEL: Auch jene Sozialdemokraten, die solche Pläne verfolgen, nehmen für sich in Anspruch, im Namen der Basis, mehr noch: im Namen der Mehrheit zu sprechen.

SCHERF: Das will ich nicht bestreiten. Aber ich möchte daran erinnern, daß sich zum Beispiel Herbert Wehner noch im August laut gegen CDU-Initiativen wehrte, das Strafprozeßrecht zu revidieren.

SPIEGEL: Das war vor der Schleyer-Entführung.

SCHERF: Was vor zwei Monaten gegolten hat, soll plötzlich durch die verbrecherischen Taten einer kleinen Handvoll völlig durchgedrehter Psychopathen nicht mehr gelten? Was ist denn das für ein Rechtsstaat, der so reagiert? Was ist denn das für eine SPD-Politik, die sich innerhalb von zwei Monaten in zentralen inhaltlichen Rechtsstaatpositionen so wenden läßt?